

### **Nr. 12/107**

#### **Neugliederung des Ressorts Umweltschutz und Stadtentwicklung**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 16. Februar 1988  
(Neufassung der Drs. 12/66 vom 11. 01. 88)  
(Drucksache 12/98)

Der Bremer Senat wird aufgefordert, einen Bericht über die Neugliederung des Ressorts Umweltschutz und Stadtentwicklung vorzulegen. In diesem Bericht ist darzulegen, in welcher Weise insbesondere den folgenden vorrangigen Arbeitsschwerpunkten bei der organisatorischen Ausgestaltung Rechnung getragen wird:

- ökologische Abfallwirtschaft auf Landesebene und in der Region,
- Bodenschutz,
- Ablagerungen/Lagerstätten (Hausmüll, Sondermüll, Bauschutt, kontaminierte Böden, Hafenschlick, Altlasten),
- Landschaftsverbrauch (Gewerbeflächen, Straßenbau, Flächenrecycling),
- Wasserwirtschaft, Sanierung und Renaturierung der Weser und ihrer Nebengewässer,
- Verkehrspolitik,
- Verkehrs- und Stadtentwicklung im Bremer Osten — Daimler-Benz,
- ökologisches Gesamtkonzept Unterweserraum,
- Landschaftsprogramm.

Dabei ist insbesondere darzulegen, wie in Zukunft die notwendige Zusammenführung von bisher über verschiedene Ressorts, Ämter und Abteilungen verstreuten Aktivitäten, wie z. B. in den Bereichen Abfallwirtschaft, Ablagerungen, Verkehrspolitik, organisiert werden soll.

Der Senat wird gebeten, den Bericht den Deputationen für Stadtentwicklung und für Umweltschutz bis spätestens Anfang Mai vorzulegen.

### **Nr. 12/108**

#### **Kaufvertrag zwischen der Neuen Heimat und dem Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 4. Dezember 1987  
(Drucksache 12/47)

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aussprache über die Antwort des Senats durch.

### **Nr. 12/109**

#### **Mietermitbestimmung bei der Gewoba**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
vom 15. Februar 1988  
(Drucksache 12/92)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Inneres.

## Nr. 12/110

### **Jugendpolitik im Lande Bremen**

Antrag der Fraktion der SPD vom 11. Februar 1988  
(Neufassung der Drs. 12/73 vom 25. 01. 88)  
(Drucksache 12/91)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren am 25. Februar 1987 gefaßten Beschluß zur „Jugendpolitik im Lande Bremen“.
2. Sie nimmt den Bericht (Mitteilung des Senats/Drucksache 11/1026 vom 29. 09. 87) zur Kenntnis.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß die Anstrengungen des Senats, auch für benachteiligte Jugendliche eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, weitergeführt werden und die Beschäftigungsprobleme junger Menschen durch zusätzliche Aktivitäten vermindert werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß der Senat Schwerpunktsetzungen, wie zum Beispiel
  - Sicherung der Existenz und der Arbeitsmöglichkeiten der anerkannten Träger der außerschulischen Jugendbildung einschließlich der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus,
  - die stärkere Verankerung von Mädchenarbeit in der Jugendarbeit,
  - die Entwicklung von ambulanten Maßnahmen für delinquente Jugendliche und Heranwachsende in Kooperation von Jugendhilfe und Kriminalrechtspflege sowie
  - der Ausgleich von Benachteiligungen junger Ausländer unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Mädchen und Frauen,innerhalb der laufenden Legislaturperiode realisieren will.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß der Senator für Jugend und Soziales regelmäßig einen Bremer Jugendplan erstellt, um das jugendpolitische Handeln stärker in der Öffentlichkeit zu verankern und die jugendpolitischen Leistungen der öffentlichen und freien Träger in der Jugendhilfe offensiv zu vertreten.

## Nr. 12/111

### **Steuerreform und Regionalpolitik**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 11. Januar 1988  
(Drucksache 12/64)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 12/112

### **Erhalt der regionalen Investitionszulage**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der SPD  
vom 17. Februar 1988  
(Drucksache 12/99)

D a z u

### **Regionale Investitionszulage**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der FDP  
vom 18. Februar 1988  
(Drucksache 12/102)

Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet mit großer Sorge die Absicht der Bundesregierung, ihre Steuerreform 1990 zum Teil durch die Aufhebung des Investitionszulagengesetzes zu finanzieren.

Die Investitionszulage stellt das wichtigste Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) dar, welches seine Wirksamkeit gerade in Bremen bewiesen hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet deshalb von der Bundesregierung, daß die regionale Investitionszulage auch zukünftig Bestand hat.

(Drucksache 12/99)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag Drucksache 12/102 ab.

### **Nr. 12/113**

#### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 16. Februar 1988

(Drucksache 12/95)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

### **Nr. 12/114**

#### **Überprüfung der Belegschaft des Reichsbundes Berufsbildungswerk durch den Verfassungsschutz**

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN

vom 2. Februar 1988

(Drucksache 12/85)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

### **Nr. 12/115**

#### **Beendigung der Atomtransporte über die bremischen Häfen**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

vom 15. Februar 1988

(Drucksache 12/93)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

### **Nr. 12/116**

#### **Atomtransporte**

Antrag der Fraktion der SPD

vom 17. Februar 1988

(Drucksache 12/100)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or introductory paragraph.

Second block of faint, illegible text.

Third block of faint, illegible text.

Fourth block of faint, illegible text.

Fifth block of faint, illegible text.

Sixth block of faint, illegible text.

Seventh block of faint, illegible text.

Eighth block of faint, illegible text.